



Kommunale Erfahrungen im Kontext der neuen Übergangsreform Schule-Beruf in Baden-Württemberg

Jahresforum der AG Weinheimer Initiative, 8. Mai 2014,
Workshop 4: Länder und Kommunen

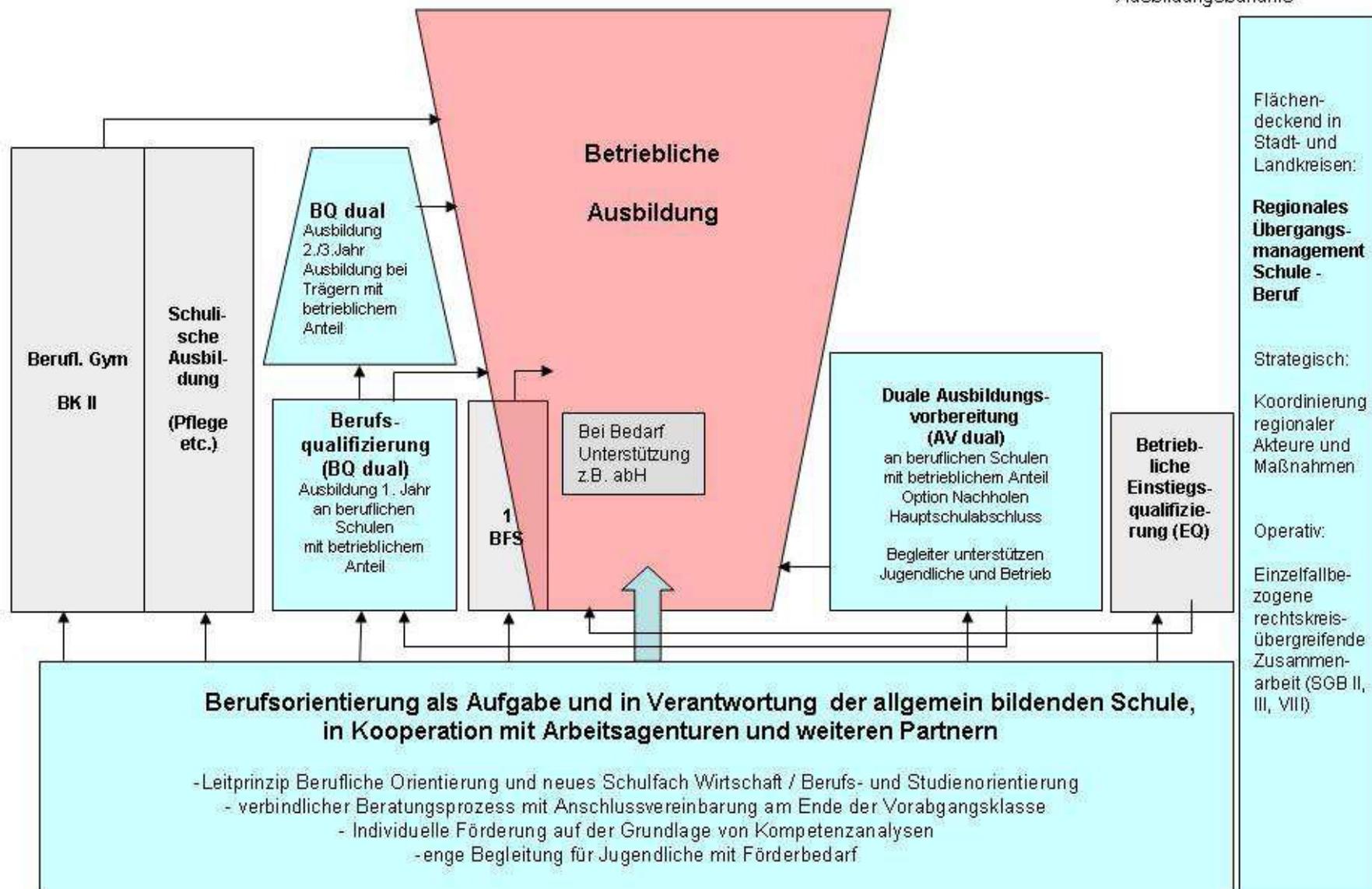
Dr. Susanne Felger, Koordinierungsbüro Übergang Schule-Beruf

Eckpunkte zur Neugestaltung des ÜSB in BW vom 4. Nov.2013

- Erarbeitet von der **Steuerungsgruppe des Ausbildungsbündnisses**
- Von **breitem politischen Bündnis** am 4. Nov. 2013 verabschiedet:
 - Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Staatsministerium BW
 - Beschluss im Landtag: Regierung und Opposition
 - Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften
 - Agentur für Arbeit, Regionaldirektion BW
 - Kommunale Spitzenverbände: Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag
- **Ziele:** *Mehr direkte Übergänge in Ausbildung:* Alle Schüler/innen erhalten eine intensive BO in Sek1-Schulen, Schulen befähigen zur Ausbildung; politische Ausbildungsgarantie für „Marktbenachteiligte“; Reform der Ausbildungsvorbereitung an Berufl. Schulen;
die Neugestaltung „wird vor Ort durch die kommunale bzw. regionale Ebene aktiv unterstützt. Sie vernetzt und koordiniert....“
- **Stadt Weinheim und Stadt Mannheim** als Standorte für **Modellversuch „AV dual“** ab Schj. 2014/2015 angefragt; die Klärungsprozesse laufen

Neugestaltung Übergang Schule – Beruf in Baden-Württemberg

Entwurf
der Steuerungsgruppe
Ausbildungsbündnis



Die übrigen Bildungsgänge (BVJ/VAB (3.515), BEJ (2.485), 2BFS (14.643), ...) werden in Abhängigkeit vom Erfolg der Erprobung des Modells und von den sich verändernden Schülerströmen sukzessive durch EQ, AVdual und BQdual ersetzt. (Zahlen Neueintritte 2012)

Entwicklungskritische Aspekte bzgl. Kooperation Land-Kommune

- **Komm. Erfahrung** über ST-BW bei **Reformentwicklung** teils eingebracht; komm. Spitzenverbände nicht ständig dabei und: ihnen fehlt „eine Stimme“
 - Hoher politischer **Erfolgsdruck und Zeitdruck** vom Land; Reform und Modellversuch unzureichend vorbereitet
 - „**Machtpoker**“ statt „**Augenhöhe**“?: Schulträger soll Modellversuch ohne Ressourcenklärung beschließen, keine gemeins. Prozessgestaltung (Termine...)
 - Ressourcenfragen im Eckpunktepapier ausgeklammert. Nun: „**Reform ist (für's Land) kostenneutral**“, selbst im Modellversuch; die Schulträger sollen AV-Begleitung zahlen oder bestehende Landesfördermittel umverteilen
 - Komplexe Abstimmung zw. kreisangehöriger **Stadt-Kreis-Land-Bund/BA**
 - *Eckpunktepapier*: Land erkennt **Koordinierungsbedarf** vor Ort an, aber: deutliche **Adressierung der Aufgabe an die Kommune** erst im Nachhinein
 - *Modellversuch*: Land finanziert **Kommunale Koordinierung** mit, als örtliche Projektsteuerung = Rückenwind für bildungsaktive Kommunen. Herausforderung für Transfer: *Echte Augenhöhe beim Entwickeln und Umsetzen!*
- **Wie wird Kommunale Koordinierung u. die Kooperation Kommune-Land zu wesentlichen Teilen der Reform?**